

# Tagesanzeiger



Die unabhängige Schweizer Tageszeitung

Montag  
13. Februar 2017

125. Jahrgang Nr. 36  
Fr. 4.00, Ausland: € 3.65 / AZ 8021 Zürich



**Beat Feuz**  
Der Abfahrer krönt  
seine Karriere mit  
WM-Gold.  
28

**Dauerbeschuss**  
So observieren  
Bergbahnen ihre  
Kunden am Skilift.  
11

**Wilde Filme**  
An der Berlinale  
zeigen Frauen,  
wos langgeht.  
29

## Linker Triumph bei der Steuerreform führt zu Streit im bürgerlichen Lager

Der Gewerbeverband zeigt sich unbeeindruckt von der Schlappe - die Linke will den Schwung im Kampf für die Altersreform nutzen.

Markus Häfliger, Christoph Lenz  
und Andreas Valda

Anderthalb Jahre nach dem bürgerlichen Sieg in den eidgenössischen Wahlen haben die bürgerlichen Parteien die bisher wichtigste Volksabstimmung der Legislatur verloren. Mit 59,1 Prozent Nein-Stimmen zur Unternehmenssteuerreform (USR) III fiel das Resultat überraschend deutlich aus. Als Referendumsieger triumphierten SP, Grüne und die grossen Städte.

«Dieses Ergebnis ist ein Wendepunkt dieser Legislatur», sagte SP-Präsident Christian Levrat. «Das Volk hat die Arroganz der bürgerlichen Mehrheit in Bern, ihre Klientelpolitik und ihre Selbstbedingungsmentalität abgestraft», sagte Levrat. «Die Niederlage der Bürgerlichen ist total.»

Unbestritten bei Gegnern und Befürwortern ist, dass die gescheiterte Steuerreform nun rasch überarbeitet und neu aufgelegt werden muss. Die Schweiz hat gegenüber dem Ausland schon vor Jahren zugesichert, ihre Steuerprivilegien für internationale Konzerne auf Anfang 2019 abzuschaffen. Im Hinblick auf die geplante Neuaufgabe traten bei den Verlierern aber noch am Abstimmungstag Bruchlinien zutage.

Zum Streitpunkt wird namentlich die Frage, ob bei einer neuen Vorlage die Firmeneigentümer, also die Aktionäre, stärker besteuert werden - so, wie das die Referendumsführer fordern. Der Schweizerische Gewerbeverband unter Führung seines Direktors Hans-Ulrich Bigler (FDP) erteilte dieser Forderung noch am Abstimmungstag eine Abfuhr. Die Erhöhung von Dividendenbesteuerungen oder die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer dürfe «kein Thema sein» und sei darum «vom Tisch», teilte der Verband schriftlich mit.

Diese kategorische Absage stösst bei bürgerlichen Politikern auf Unverständnis, vor allem in der CVP. Ein solches Communiqué am Abstimmungstag sei «schlechter Stil», sagte CVP-Präsident Gerhard Pfister. Man könne nicht am Tag einer Niederlage schon «derart kompromisslos» sein und «faktenresistent weitergehen», sagte CVP-Nationalrat Leo Müller. Peter Heggin, der frühere Präsident der Finanzdirektorenkonfe-



Jubel im Hauptquartier des Nein-Komitees in Bern: Linke Politikerinnen umringen SP-Parteipräsident Christian Levrat. Foto: Alessandro Della Valle (Keystone)

renz und heutige CVP-Ständerat, hält eine Erhöhung der Dividendenbesteuerung zumindest für eine Option. Auch FDP-Ständerat Raphaël Comte sagt, man müsse «über eine Gegenfinanzierung diskutieren». FDP-Präsidentin Petra

Gössi äusserte sich nicht zu diesem Punkt, meinte aber, am Ende müsse einfach «das Gesamtpaket» stimmen.

Umstritten ist, wie rasch ein solches Gesamtpaket vorliegen kann. Finanzminister Ueli Maurer sagte vor den Medien, eine Neuaufgabe der Vorlage bis Anfang 2019 sei bereits jetzt «definitiv vom Tisch». Diese Aussage stösst bei den Kantonen auf Unverständnis. «Eine derart lange Periode der Unsicherheit können wir uns nicht leisten», sagt Eva Herzog, Basler SP-Regierungsrätin und Vizepräsidentin der kantonalen Finanzdirektoren. Man müsse zumindest probieren, schneller zu sein - «wenn nötig auch mit unkonventionellen Vorgehensweisen». Herzog warnt, so wie auch andere Befürworter der USR III, dass Fir-

men Standortentscheide gegen die Schweiz fallen könnten, wenn die Phase der Unsicherheit zu lange dauere.

Die Linke will ihr gestern gewonnenes Momentum derweil mitnehmen für die anstehende Debatte über die «Altersvorsorge 2020»: Diese Reform ist mindestens so bedeutungsvoll wie die USR III. Hier aber kämpfen SP und CVP gemeinsam gegen SVP, FDP, GLP und BDP. Es werde sich zeigen, ob die Rechte aus dem USR-III-Debakel etwas gelernt habe, sagte SP-Chef Christian Levrat und erhöhte den Druck auf die Bürgerlichen: «Gibt es keine Erhöhung der AHV-Rente um 70 Franken, werden wir die Altersreform an der Urne bekämpfen. Und wir werden gewinnen.»

Kommentar Seite 2, Berichte Seite 2, 3

### Volk sagt zweimal Ja Einbürgerung und Strassenfonds

Ausländerinnen und Ausländer der dritten Generation können sich künftig in der ganzen Schweiz einfacher einbürgern lassen. Im vierten Anlauf haben Volk und Stände eine Verfassungsänderung deutlich gutgeheissen. Grosse Verliererin ist die SVP. 60,4 Prozent der Stimmenden und 19 Kantone sagten Ja.

Mit 62 Prozent Ja haben die Stimmenden den Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF) gutgeheissen. Damit wird der neue, dauerhafte Strassenfonds in der Verfassung verankert, und der befristete Infrastrukturfonds wird abgelöst. Der NAF tritt Anfang 2018 in Kraft. (SDA) Kommentare und Berichte Seite 4, 5

### Abstimmungsergebnisse

in Prozent	Ja	Nein
<b>Unternehmenssteuerreform III</b>	40,9	59,1
<b>Erleichterte Einbürgerung der 3. Generation</b>	60,4	39,6
<b>Fonds Finanzierung des Strassenverkehrs (NAF)</b>	62,0	38,0

TA-Grafik mruu/Quelle: BFS

### Service

Leserbriefe	12	Fernsehprogramme	34
Todesanzeigen	22	Rätsel	36
Veranstaltungen	32	Wetter	37

Abo-Service 044 404 64 64

www.tagesanzeiger.ch/abo

Inserate 044 248 40 30

E-Mail: inserate@tages-anzeiger.ch

Inserate online buchen: www.adbox.ch

Redaktion 044 248 44 11, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich redaktion@tages-anzeiger.ch

Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Online www.tagesanzeiger.ch/news/newsnet.ch



### Heute

#### Graubünden lehnt Olympiakandidatur ab

Das Bündner Stimmvolk hat zum zweiten Mal innert vier Jahren eine Kandidatur für die Durchführung Olympischer Winterspiele verworfen. Das Nein zu einem Kredit von 25 Millionen Franken für Winterspiele im Jahr 2026 fiel mit 60 Prozent sogar noch höher aus als die Ablehnung 2013. - Seite 6

#### Steinmeier mit Dreiviertelmehrheit zum Bundespräsidenten gewählt

Der SPD-Politiker Frank-Walter Steinmeier wird neuer deutscher Bundespräsident. Sieben Monate vor der Bundestagswahl im Herbst erhielt der gemeinsame Kandidat der Grossen Koalition in der Bundesversammlung in Berlin am Sonntag im ersten Wahlgang 931 von 1239 gültigen Stimmen. - Seite 7

#### Winterthur: SVP-Kandidat landet klar vor SP-Kandidatin

Bei der Stadtrats-Ersatzwahl kommt es am 2. April zu einem zweiten Wahlgang. Im ersten Wahlgang erreichte SVP-Kandidat Daniel Oswald mit 7451 Stimmen das beste Resultat, verpasste das absolute Mehr allerdings. Auf den Plätzen zwei und drei folgen Christa Meier (SP) und Jürg Altwegg (Grüne). - Seite 15

#### Stadt Zürich: Zustimmung für SIP und Verbleib der 5-Prozent-Hürde

Kleinere Parteien haben es weiterhin schwer, ins Zürcher Stadtparlament einzuziehen. Die Initiative «Faires Wahlrecht für Züri» wurde mit 61,7 Prozent abgelehnt. Angenommen wurde dagegen die Vorlage zum städtischen Ordnungsdienst SIP, die 79,4 Prozent Ja-Stimmen erhielt. - Seite 17

### Kommentare & Analysen

#### «Nepotismus gibt es in allen Systemen - aber nicht in der Schweiz.»

Thomas Widmer zur Verbreitung der Vetternwirtschaft. - Seite 13

Der mächtigste Beamte der EU: Wer ist Martin Selmayr, der Mann hinter Juncker? - Seite 8

Weshalb Vertreter der britischen Industrie einen harten Brexit ablehnen. - Seite 10

Anzeige



HAPPY DIAMONDS  
Chopard

CHOPARD BOUTIQUE ZÜRICH  
Bahnhofstrasse 40, 044 215 30 30